

Vertrauen und Verantwortung

Grundlagen einer Gesellschaftsanalyse

Teil I: Gemeinwohl

Christoph Noebel

3.2 Existenzsicherheit

Wie die Glücksforschung aufzeigt, lässt sich in der Reihenfolge gesellschaftspolitischer Grundsätze das Motiv menschlicher *Existenzsicherheit* als fundamentale Maxime für soziales Handeln beschreiben. Schon das Zitat Bertold Brechts: „Zuerst kommt das Fressen, dann kommt die Moral“ verweist darauf, dass immaterielle und moralische Forderungen erst dann von Belang sind, wenn die Betroffenen genug zu essen haben, ein Dach über dem Kopf und sich nicht um ihr Leben fürchten müssen. Die Prinzipien der Freiheit und Gerechtigkeit mögen allgemein von hohem Wert sein, für den Hungernden stellen sie jedoch eine deutlich geringere Priorität dar.

Politische Debatten werden in wohlhabenden Industrieländern stark von den normativen Grundsätzen der Freiheit und Demokratie dominiert, sodass die existenziellen Probleme extremer Armut und Unsicherheit meist in den Hintergrund treten. Eine ernsthafte Auseinandersetzung mit dem Thema materieller Existenzsicherheit findet daher nur bedingt statt und verlagert sich neben Fragen der modernen Daseinsvorsorge meist auf die Armutzustände in fernen Entwicklungsländern. Seit geraumer Zeit sind jedoch zwei kritische Themen hinzugekommen. Nicht nur sorgen Umweltschäden und Klimawandel, sondern auch der Ausbruch der Corona-Pandemie für Debatten über die Wahrung existenzieller Sicherheit.

Da die Existenzsicherheit als gesellschaftlicher Grundsatz von fundamentaler Bedeutung ist, stellt sich die Frage, was denn unter dieses wichtige Konzept fällt. Zunächst verweist die Präambel der UNO Menschenrechtserklärung auf das Existenzrecht der *körperlichen Unversehrtheit*, denn „Jeder hat das Recht auf Leben, Freiheit und Sicherheit der Person.“ Auch im deutschen Grundgesetz ist dieses Menschenrecht in Artikel 2 verankert. Zur Gewährleistung der physischen und psychischen Unversehrtheit bedarf es zunächst der Verhinderung körperlicher Gewalttätigkeiten, verursacht durch Krieg, Gewaltverbrechen oder Folter. Ein wichtiger Aspekt der Existenzsicherung beruht somit auf der Bereitstellung meist öffentlicher Mittel, die zur Beseitigung der Ursachen für menschliche Lebensgefahren beitragen. Zu den staatlichen Institutionen, die sich dieser Aufgabe widmen, gehören die militärischen Sicherheitskräfte, deren Verteidigungsaufgabe darin besteht, Gefahren von *außen* abzuwenden. Für die *innere* Sicherheit sorgen dagegen Polizei und Justiz.

Ein zweiter Bereich, der das Recht auf Unversehrtheit direkt betrifft, bezieht sich auf den Aspekt der menschlichen Gesundheit. Da Krankheiten für Betroffene oft Leid oder den Tod bedeuten und mit existenziellen Erfahrungen einhergehen, zählt Gesundheit zu den wichtigsten Faktoren der Existenzsicherung und spielt daher auch in der Glücksforschung mit dem Fokus auf Lebensqualität eine wichtige Rolle. Die Corona-Pandemie belegt deutlich, wie fragil die Existenz der Menschen ist und welche enorme Belastung eine gefährliche Virus-Krankheit für die moderne Gesellschaft bedeutet. Die Bereitstellung eines allgemeinen Gesundheitssystems bildet demnach eine zentrale Säule der Existenzsicherung, unabhängig davon, ob es sich um ein armes oder reiches Land handelt.

Neben der Existenzgefahr körperlicher Versehrtheit durch Gewalt, Krieg oder Krankheit, bietet die materielle Armut einen Gefahrenherd für jede Gesellschaft. Obwohl sich

diese Thematik auf wirtschaftlichem Terrain bewegt, geht es letztlich auch hier um menschliches Überleben sowie Fragen der Beschaffenheit und Gewährleistung eines humanen Maßes an Lebensqualität. Jeder Mensch benötigt Nahrung, eine sichere Unterkunft und genügend Wärme.

Obwohl sich die öffentliche Aufmerksamkeit der grundlegenden Bedürfnisse meist auf arme Entwicklungsländer bezieht, gelten sie gleichermaßen für wohlhabendere Gesellschaften. Unter dem breiten Konzept *sozialer Gerechtigkeit* lassen sich Missstände zusammenfassen, die nicht nur in armen, sondern ebenso in reichen Industrieländern auftreten [K3.4.3]. Trotz Wohlstand herrscht auch dort Arbeitslosigkeit, Kinderarmut und Not der Wohnungsbeschaffung in Großstädten, also Zustände, die ein selbstbestimmtes Leben erschweren. Daher bedarf es staatlicher Maßnahmen, um sozial schwache Gesellschaftsgruppen zu unterstützen und ihre Grundbedürfnisse zu sichern. In der Bundesrepublik zählen das Rentensystem der Altersvorsorge, soziale Transferzahlungen, Arbeitslosenhilfe und ein universelles Gesundheitswesen zu den wichtigsten Sozialleistungen [K5.8]. Obwohl der deutsche Sozialstaat das Fundament einer allgemeinen Existenzsicherung legt, muss die jeweilige Sozialpolitik stets auf ihre Effektivität kritisch untersucht werden, um sicherzustellen, dass die entsprechenden Leistungen tatsächlich den Bedürftigsten in der Gesellschaft zugutekommen.

Die Notwendigkeit einer umfangreichen Sozialpolitik verweist auf den konfliktreichen Tatbestand, dass die moderne Marktwirtschaft aus sich heraus die Daseinsgrundlage der Bevölkerung nicht gewährleisten kann. Auf diesen kritischen Aspekt, der Zweifel an der Gerechtigkeit des Marktsystems aufwirft, werden wir später im Konzept einer *ökonomischen Sozialethik* genauer eingehen [K4.10.2]. Trotz des hohen Lebensstandards in entwickelten Industrieländern, herrscht staatlicher Handlungsbedarf, um das im Marktsystem inhärente Problem sozialer Ungerechtigkeit auszugleichen. In Deutschland spricht man diesbezüglich vom dualen Modell der *sozialen Marktwirtschaft*. Es entspricht dem Gedanken, dass Markt und Staat weitgehend unterschiedliche Aufgaben verrichten, sie jedoch gemeinsam eine allgemeine Grundversorgung gewährleisten.

Abschließend sei ein wesentlicher Aspekt der Existenzsicherung erwähnt. Neben den genannten Zuständen, die reale Formen der Bedürftigkeit und Leid beschreiben, reiht sich in die Thematik der Existenzsicherung auch das Problem zukünftiger *Ungewissheiten* ein. Die Mehrheit der Bevölkerung in Industriestaaten mag zwar nur bedingt von existenziellen Nöten betroffen sein, viele Menschen leiden dennoch unter den *Sorgen* oder *Ängsten*, zukünftig in Situationen der Existenznot zu geraten. Obwohl es sich dabei um Erwartungen und nicht unbedingt um real existierende Sachverhalte handelt, darf die soziale Bedeutung dieses Phänomens nicht unterschätzt werden.

Existenzängste erzeugen nicht nur Gefühle der Ohnmacht und Entfremdung, sie schüren auch Misstrauen in soziale Institutionen. Derartige Vertrauensverluste schlagen sich politisch in Parteienverdrossenheit nieder und können zur Entwicklung von populistischen und extremen Weltbildern beitragen. Existenzielle Sorgen beruhen meist auf persönlichen Veränderungen, die zum Teil auf gesellschaftliche Entwicklungsprozesse zurückzuführen sind. Individualisierung, Globalisierung und Digitalisierung fordern insofern ihren Tribut, als sie zur Entwertung und Rationalisierung von Arbeitsplätzen beitragen. Außerdem befürchten Menschen in gewissen Gesellschaftskreisen einen kulturellen Wandel, der primär durch Immigration von Arbeitskräften und Einwanderung von Flüchtlingen herbeigeführt wird.

Generell ist zu beobachten, dass besonders Personen aus der gesellschaftlichen Mittelschicht unter Bedrohungsszenarien und Zukunftsängsten leiden. Daher spricht der Journalist Daniel Goffart (2019) vom „Ende der Mittelschicht“, wenn er die wirtschaftspolitischen Prozesse des digitalen Fortschritts als Überforderung der Menschen aus dem

bürgerlichen Milieu beschreibt. Seine Kollegin Anette Dowideit (2019) prägt dagegen den Begriff der *Angezählten*, wenn sie von Beschäftigten berichtet, die von Verarmung in ehemals angesehenen Berufen bedroht sind und sich vor sozialem Abstieg in den prekären Arbeitsmarktsektor fürchten.

Eine andere Gesellschaftsgruppe, die unter Zukunftssorgen leidet, bildet die Jugend. Sie profitiert zwar von den Fortschrittserfolgen ihrer Vorfahren, gleichzeitig leidet sie unter den schwerwiegenden Hinterlassenschaften vorheriger Generationen, deren Bewältigung wahrscheinlich enorme Herausforderungen und Opfer bedeuten werden. Daher ist nachvollziehbar, dass heutige Jugendliche mehr *Generationengerechtigkeit* fordern und zunehmend mit Protesten ihre Sorgen um die Vielfalt der Natur, den Raubbau an nicht-erneuerbaren Ressourcen und den bevorstehenden Klimawandel zum Ausdruck bringen. In diesen Bereichen hat die Politik über Jahrzehnte hinweg versagt, so dass die Gefahr besteht, dass viele junge Menschen sich als Abgehängte betrachten und sich ihre Zukunftsängste in eine verbreitete Skepsis gegenüber der Politik und Funktionsfähigkeit der liberalen Demokratie verwandeln.

Literatur

Dowideit, Anette (2019): „Die Angezählten: Wenn wir von unserer Arbeit nicht mehr leben können“, Campus Verlag, 2019

Goffart, Daniel (2019): „Das Ende der Mittelschicht: Abschied von einem deutschen Erfolgsmodell“, Berlin Verlag, 2019